

Tarifrunden 2013: Lohndumping beenden

Die nächsten zwei Monate laufen die Tarifverträge für ca. 6 Millionen Beschäftigte aus. Gelingt es, die Tarifkämpfe gemeinsam zu führen, verstärken wir die Kampfkraft der Gewerkschaftsbewegung enorm. Davon profitieren alle, auch die nachfolgenden Tarifrunden in den anderen Branchen, bei denen für weitere 6 Mio. Beschäftigte Tarifierhöhungen ausgehandelt werden. Lasst uns deshalb die Grundlagen für eine solidarische Lohnpolitik erneuern, lasst uns durch koordinierte Mobilisierungs- und Durchsetzungsstrategien die Kräfte bündeln und verstärken. Ein gemeinsamer Kampf um Umverteilung von oben nach unten kann die Gewerkschaften wieder stärker in die Offensive bringen. Eine ernsthafte Mobilisierung wird die Mitglieder in den Gewerkschaften politisieren und den Druck auf das Kapital vervielfachen.

Tarifrunde 2013 hat begonnen

Die Tarifrunde 2013 hat bereits begonnen: im Öffentlichen Dienst (Länder) sowie bei der Deutschen Bahn, in einigen Energiekonzernen und in der Eisen- und Stahlindustrie. Ende März folgt das Bauhauptgewerbe, das Versicherungsgewerbe und erste Bereiche des Einzel-, Groß- und Außenhandels. Ende April stehen die Verträge in der Metall- und Elektroindustrie auf dem Tarifkalender.

Die bis jetzt vorliegenden Tarifforderungen der Gewerkschaften bewegen sich zwischen 5,0 und 6,6 %.

Auftakt bei Öffentlicher Dienst - Länder

6,5 Prozent mehr Einkommen ist die Forderung für die ca. 800.000 Angestellten im öffentlichen Dienst der Länder (siehe auch Seite 2). Wie zuvor angekündigt, haben die Arbeitgeber in der ersten Verhandlungsrunde Ende Januar kein Angebot vorgelegt. Die Tarifgespräche werden am 14. und 15. Februar in Potsdam fortgesetzt. Erste Aktionen werden stattfinden.



Die Einkommensspreizung steigt seit Jahrzehnten

Das gilt zum einen innerhalb der arbeitenden Klasse. So wuchsen die Bruttomonatsverdienste aller Beschäftigten zwischen 2007 und 2011 um durchschnittlich 9,4%. Doch während leitende Angestellte mit 12,4 und herausgehobene Fachkräfte mit 9,8% über diesem Wert lagen, fiel das Lohnplus für Facharbeiter (8,3 %) sowie Un- und Angelernte (8,0 bzw. 7,1%) unterdurchschnittlich aus. Weitaus bedeutender ist aber zum anderen die langfristig wachsende Kluft zwischen Arbeitseinkommen und Gewinnen: 1980 lag die Bruttolohnquote, also der Anteil der Beschäftigten am Volkseinkommen, noch bei mehr als 75%. 2011 lag diese Quote in Gesamtdeutschland bei nur noch 66,9%. Die Bruttogewinnquote stieg entsprechend.

Manager zocken ab

Geradezu explodiert ist die Diskrepanz zwischen Managergehältern und Beschäftigteneinkommen. Allein 2011 legten die Vorstandsvergütungen in den 30 deutschen DAX-Unternehmen um 7,9 Prozent zu. Mit 3,1 Millionen Euro im Jahr verdient ein DAX-Vorstand heute rund 54mal soviel wie der durchschnittliche Angestellte in einem solchen Unternehmen. 1987 lag diese Relation bei 14 zu 1.

Arm trotz Arbeit

In den vergangenen Jahren hat die Einkommensarmut kontinuierlich zugenommen – und das nicht einmal in erster

Linie wegen der wachsenden Zahl prekärer Arbeitsverhältnisse, sondern wegen der zunehmend schlechten Bezahlung in allen Beschäftigungsformen. Nach der Meldung von Eurostat vom 20. Dezember 2012 hat Deutschland mit 22,2 % den höchsten Niedriglohnanteil unter allen Vergleichsländern in Westeuropa - ein Skandal.

Skandalös ist, dass das Lohndumping im letzten Jahrzehnt Menschen besonders getroffen hat, die ohnehin nicht besonders viel verdienen. Den Beschäftigten, die 2000 zu den 40 % mit dem geringsten Einkommen gehörten, wurden Lohnkürzungen von 10 bis 20 % zugemutet.

Untere Einkommen kräftiger anheben

Das zeigt die dringende Notwendigkeit, in den Tarifrunden 2013 die unteren Einkommen kräftig anzuheben, am Besten mit einem hohen Mindestbetrag. In vielen Funktionärsversammlungen wird dies z.Z. diskutiert. Von der Verwaltungsstelle Esslingen der IG Metall gibt es ein Papier „Debatte um Strukturkomponente / Festbetragsforderung – Gründe für eine Strukturforderung“, das die Prozentabschlüsse kritisiert, weil es sich negativ auf die Mobilisierung auswirkt. Dort heißt es u.a.: „Vielmehr ist bei sehr vielen Beschäftigten mit höherem Einkommen, gleich ob Mitglied oder nicht, ein großes Verständnis für überdurchschnittliche Erhöhungen unterer Entgeltgruppen. ... so trifft die Teuerung bei Alltagsgütern, insbesondere alles was mit der Erhöhung der Energiepreise verbunden ist, Haushalte mit niedrigem Einkommen viel stärker als Haushalte mit höherem Einkommen.“

Konsequenterweise wurde dann auf der Delegiertenversammlung eine Strukturforderung beschlossen: 6,5%, mindestens 180 € bei 12 monatiger Laufzeit. Bemerkenswert war, dass alle Kollegen bis auf einen betonten, dass die KollegInnen der oberen Entgeltgruppen der Meinung waren, dass die unteren jetzt mal "dran sind". Auf Kritik stieß die Entwicklung der letzten Jahre: Die Entgeltgruppe 1 erhöhte sich von 2004 bis 2012 um 390 €, während die Entgeltgruppe 17 um 983,50 € wuchs.

Ähnliches wurde auf der Vertrauensleutetollversammlung der Daimler Zentrale in Stuttgart diskutiert. Der Beschluss dort lautet: 6,5 %, mindestens 250 Euro, 12 Monate Laufzeit, Ergebnis nahe der Forderung.

Größenordnung von 8 %, mindestens 250 €

Die Beschlüsse gehen in die richtige Richtung. Wir gehen davon aus, dass eine Forderung die Größenordnung von 8 %, mindestens aber 250€ haben sollte, wie es z.B. der Vertrauenskörper von ALSTOM Mannheim beschlossen hat. Durch einen Mindestbetrag von 250 € werden Einkommen bis ca. 3100 € besser wegkommen. Selbst in Baden-Württemberg mit seinem hohen Eckentgelt (ca. 2700 € - andere Bezirke

liegen zwischen ca. 2400 € und 2624 €) und seiner eher geringen Anzahl Beschäftigten im unteren Entgeltgruppenbereich würden fast die Hälfte der KollegInnen bei Festgeld mehr als die 8% in den Geldbeutel bekommen.

Umverteilung von oben nach unten

Die Tarifrunde sollte die **Umverteilung von oben nach unten** in den Mittelpunkt stellen. Aber gleichzeitig müssen diese Auseinandersetzungen mit einer **politischen Mobilisierung gegen die Deregulierung am Arbeitsmarkt**

verbunden werden. Und außerdem gilt: **Die beste Solidarität mit den kämpfenden Lohnabhängigen in den Ländern Südeuropas ist, wenn wir endlich einen Teil der Lohnverluste des vergangenen Jahrzehnts ausgleichen.**

Sekretariat der Gewerkschaftslinken

NWI extra sowie der Foliensatz zu den Tarifrunden unter: www.labournet.de/GewLinke

Verdi will Vertragsdschungel lichten

In einem Tarifletter hat die tarifpolitische Grundsatzabteilung von verdi eine selbstkritische Bilanz gezogen. Der Leitgedanke 2001 bei der Gründung von verdi und beim Zusammenschluss der verschiedenen Einzelgewerkschaften war, „neue Stärke und die damit verbundene Überwindung von trennenden organisatorischen Schranken“ zu erreichen. Das Fazit im Tarifletter ist, dass dies bislang nur unzureichend gelungen ist.

Mehr als 15.000 Tarifverträge

Die Autoren beklagen vor allem die enorme Zahl von Tarifverträgen im Organisationsbereich der Dienstleistungsgewerkschaft. Allein 12.548 Vereinbarungen sind den Angaben zufolge in der ver.di-Datenbank registriert. Da ein Teil nicht erfasst ist, „dürften es deutlich mehr als 15.000 Verträge sein, die ver.di zu beackern hat“. Für jeden dieser Fälle müssten Gewerkschaftssekretäre abgestellt, Sitzungen und Wahlen organisiert werden. Beklagt wird der enorme Organisationsaufwand, „der in der Summe Millionen von Beitragseinnahmen verschlingt“, stellen die Tarifpolitiker fest.

Permanente Tarifkonflikte

Als Ursache für diese Entwicklung sehen sie in erster Linie die Arbeitgeberpolitik des „Teile und herrsche“, die einen „Flickenteppich“ geschaffen habe. So würden immer mehr Firmentarifverträge geschlossen, „während gleichzeitig manche Flächenverträge am Rande des Zusammenbruchs dahinvegetieren“. Die Folge: Die Gewerkschaft befinde sich permanent in irgendwelchen Tarifkonflikten. **Letztlich kämpfe jeder Bereich für sich allein.** „Wir bewegen uns tarifpolitisch gesehen wie ein Hamster im Laufrad und das zum offensichtlichen Vorteil und Nutzen der Arbeitgeber“, so ihre selbstkritische Einschätzung.

Reduzierung und Harmonisierung

Dagegen schlägt sie zwei Strategien vor: Zum einen solle ver.di eine Reduzierung der Tarifbereiche, zum anderen eine Harmonisierung der Vertragslaufzeiten anstreben. Es müsse darüber nachgedacht werden, welche Bereiche in gemeinsamen Verhandlungen zusammengeführt werden könnten.

„Am Ende könnte ein Neubegründetes, tragfähiges Branchentarifmodell stehen, das vergleichbare Arbeits- und Entgeltbedingungen unter jeweils einem Tarifvertrag zusammenfassen könnte.“ Leichter umzusetzen sei allerdings die Angleichung der Laufzeiten unterschiedlicher Vereinbarungen. „Tarfbereichsübergreifende Schwerpunktsetzungen können erst dann sinnvoll realisiert werden, wenn sie durch gemeinsam stattfindende Tarfbewegungen unterlegt werden“, argumentieren die Autoren. Ohne zeitgleiche Verhandlungen seien einheitliche Kampagnen nicht möglich – schon gar nicht in einer 1000-Berufe-Gewerkschaft wie ver.di.

gemeinsame Tarifikampagnen

Bei einer „engen zeitlichen Koordination von Einzeltarifrunden“ könnten **gemeinsame Tarifikampagnen** geführt werden, die eine deutlich größere öffentliche Aufmerksamkeit hervorrufen würden, sind die ver.di-Funktionäre überzeugt. Perspektivisch könne die Dienstleistungsgewerkschaft jeweils eine Frühjahrs- und Herbstkampagne organisieren, die verschiedene Bereiche mit einheitlicher Schwerpunktsetzung führen. „Sowohl die **Laufzeitharmonisierung** wie auch die **Zusammenführung** der viel zu vielen Tarifbereiche könnten am Ende des Tages für uns gute Ergebnisse bringen“, meinen die Autoren. „Sie könnten den Kern einer neuen, solidarischen Tarifpolitik in ver.di bilden.“

Infos aus dem Artikel der Jungen Welt vom 4. Januar 2013 „ver.di im Hamsterrad“

Landesbeschäftigte wollen Abstand aufholen

Anschluss halten – das ist das Ziel der Gewerkschaften bei Tarifverhandlungen für den Länderbereich. Die Einkommen der rund 780.000 Arbeiter und Angestellten der Bundesländer müssen an die Einkommen ihrer Kollegen bei Bund und Kommunen angeschlossen werden. Aktuell beträgt der Lohnabstand 2,3 %. Im August 2013 kommen noch einmal 1,4 % hinzu. Offizielle Forderung von ver.di, GEW, GdP, IG BAU und Beamtenbund sind Lohnerhöhungen von 6,5 % inklusive einer sozialen Komponente. Auszubildende sollen monatlich 100 € mehr bekommen. Außerdem sollen eine Reihe von Verbesserungen für einzelne Beschäftigtengruppen durchgesetzt werden. Für Auszubildende soll eine verbindliche Übernahmegarantie ausgehandelt werden. Auch die Zahl der Urlaubstage soll verhandelt werden. Denn die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) hat den entsprechenden Tarifvertrag gekündigt und will allen ab dem

1.1.2013 Neueingestellten nur noch einen Urlaubsanspruch von 26 Arbeitstagen gewähren. Aktuell sind es bis zu 30 Tagen (BAG-Urteil Altersdiskriminierung bei einer Urlaubsregelung nach Alter). Es wird auch über die Einschränkung befristeter Arbeitsverhältnisse verhandelt werden. Hintergrund ist, dass insbesondere an den Universitäten fast nur noch auf Zeit eingestellt wird (bei wissenschaftlichen MitarbeiterInnen inzwischen 83%). Ebenso soll eine Entgeltordnung für angestellte Lehrkräfte eingeführt werden. Neben dem materiellen Ergebnis ist die Laufzeit entscheidend. Bei einer Laufzeit von zwölf Monaten würden Bund, Länder und Kommunen künftig wieder zeitgleich verhandeln. Das wäre für die schwächer organisierten Landesbeschäftigten ein großer Vorteil.

Weitere Infos unter: tarif-oed.verdi.de/

Handelsverband kündigt Tarifverträge

Über zehn Jahre haben ver.di und der Handelsverband Deutschland (HDE) über eine Reform der Entgeltstruktur verhandelt. Doch die interne Kritik an der Reform war groß. Deshalb hat sich die Gewerkschaft in den vergangenen Wochen von dem Projekt distanziert. Wohl sehr zum Unwillen von HDE. Seine Reaktion: Der Handelsverband kündigte Ende Januar sämtliche Tarifverträge.

Statt der geplanten reinen Entgelttrunde könnten die Ende März beginnenden Verhandlungen zu einer Auseinandersetzung um die gesamte Tarifstruktur der Branche werden. Ver.di wertet den Schritt als „Generalangriff“ auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und droht mit Arbeitskampf. Den rund 2,8 Mio. Beschäftigten im deutschen Einzelhandel könnte mit dieser Kampfansage des Handelsverbands eine der wichtigsten Tarifrunden bevorstehen.

Bei verdi wird befürchtet, dass zentrale Schutzmechanismen wie Zuschläge für Nachtarbeit und Mehrarbeit, Urlaubstage oder Weihnachts- und Urlaubsgeld auf der Kippe stehen – und damit wesentliche Bestandteile des Manteltarifvertrages.

Noch ist es Spekulation, weil sich die Verbandsvertreter nicht definitiv über ihre Ziele äußern.

Der deutsche Einzelhandel befindet sich aufgrund der Reallohnsenkungen seit 2000 in einer schwierigen Situation. Die Umsätze in der Branche stagnieren. Die Unternehmen reagieren mit einem heftigen Verteilungskampf. Besonders die SB-Supermärkte und Warenhäuser leiden unter der Konkurrenz durch neue Discounter oder Internethandel. Sie drängen auf eine Lockerung der Tarifverträge.

Es gibt eine hohe Bereitschaft der Einzelhandelsbeschäftigten, gegen Lohndumping und für die Schutzvorschriften des Manteltarifvertrages zu kämpfen. **Notfalls auch mit Streik.**

Offener Brief an den Vorsitzenden der IG Metall

Bei dem gewerkschaftspolitischen Treffen am 1.2.2013, zu dem die Vorsitzenden der LINKEN, Katja Kipping und Bernd Riexinger eingeladen hatten, erwähnte Bernd Riexinger kritisch die negativen Aussagen von Berthold Huber über die Lohnpolitik der spanischen Gewerkschafter. **Gertrud Moll vom Arbeitsausschuss des Netzwerks Gewerkschaftslinken** griff in der Diskussionsrunde die Kritik auf und berichtete von der Unterschriftensammlung des Netzwerk der Gewerkschaftslinken, mit etwa 80 Unterschriften von IGM-FunktionärInnen sowie weiteren Unterschriften aus anderen Gewerkschaften, insgesamt etwa 150 Unterschriften, die zur Übergabe an Berthold Huber bestimmt sind. Die Unterschriften wurden mittlerweile übergeben. Im Brief an Huber heißt es u.a.

Lieber Kollege Huber,

Es war nachts auf einem unpopulären Sender, aber wir sind einigermaßen empört über deine Aussagen über die spanischen Gewerkschaften in Phönix am 16. September. Du hast von „Fehlentwicklungen“ in Bezug auf Spanien gesprochen und dann erklärt:

„Die Metallgewerkschaften haben in erster Linie den Reallohn ausgleich als Sinn und Zweck ihrer Tarifpolitik gesehen. Weil wir hatten da ja in der Tat zwischen 4 - 7% Inflationsraten. Damit haben die spanischen Gewerkschaften ihren Vorteil verspielt, dass sie nämlich billiger als die deutsche Industrie waren.“ Auf Nachfragen hast du bekräftigt, „Es ist falsch Leute!“ an die Adresse der Kolleginnen und Kollegen....

Den vollständigen Wortlaut des Briefes findet ihr unter: <http://labournet.de/GewLinke/disk/huber.pdf>

Offener Brief an die Vorstände der Gewerkschaften, Parteien, Sozial- und Umweltverbände und Kirchenleitungen in Deutschland 30-Stunden-Woche fordern!

Ohne Arbeitszeitverkürzung nie wieder Vollbeschäftigung!

Um die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ist es still geworden. Doch jetzt gibt es einen neuen Vorstoß. In einem offenen Brief, der Anfang Februar vorgestellt wurde, fordern über 100 Wissenschaftler, Gewerkschafter, Politiker, und Publizisten eine 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Sie wenden sich damit an die Vorstände der Gewerkschaften, Parteien, Sozial- und Umweltverbände sowie die Kirchenleitungen in Deutschland. Eine gute Initiative, die unsere volle Unterstützung genießt.

Weitere Infos unter:

<http://www.labournet.de> => Politik => Arbeitszeitverkürzung jetzt

Umfrage Anfang Februar in der Tagesschau zur 30-Stundenwoche

Weniger Arbeiten bei gleichem Lohn für mehr Jobs: Halten Sie diesen Vorschlag von einem Bündnis aus Wissenschaftlern, Politikern, Gewerkschaftern und Publizisten für eine richtige Maßnahme, um die Arbeitslosigkeit langfristig in den Griff zu bekommen?

Ja – 15.437 Stimmen = 65,7 %

Nein – 7.410 = 31,5 %



Konferenz: Erneuerung durch Streik

Erfahrungen mit einer aktivierenden und demokratischen Streikkultur

Der ver.di-Bezirk Stuttgart organisiert unter diesem Titel zusammen mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung vom 1. März bis 3. März 2013 eine bundesweite Konferenz im Gewerkschaftshaus Stuttgart.

Weitere Infos unter:

<http://www.rosalux.de/event/46538/erneuerung-durch-streik.html>

Der Streik bei Neupack und seine Bedeutung

Der Streik bei Neupack hat in den vergangenen Wochen überraschende Wendungen genommen. Nachdem die Situation in Hamburg-Stellingen und Rothenburg Mitte Januar ruppiger geworden war, hatte die IG-BCE den Streik überraschend ausgesetzt und die Anwendung einer „Flexi-Streik-Taktik“ angekündigt. Die Streikenden wurden darauf in einer zweitägigen Versammlung eingeschworen. Nach Berichten waren viele am Anfang dagegen, am Ende jedoch hätten fast alle zugestimmt. Seitdem werden die KollegInnen abwechselnd zur Arbeit oder zum Streik gerufen.

Die Bedeutung des Streiks

Obwohl die Forderung nach einem Haustarifvertrag eine Schwäche des Streiks ist, geht seine Bedeutung weit über Neupack hinaus. Zunächst einmal ist der Streik seit langer Zeit wieder ein Arbeitskampf, der in der Offensive geführt wird. Praktisch seit den 90ern kennen wir in Deutschland Arbeitskämpfe fast nur noch aus der Defensive heraus. Mit Neupack wurde ein Betrieb organisiert, in dem vorher jahrzehntelang eine Alleinherrschaft der Kapitalisten, der Krüger-Familie, bestand. Die Beschäftigten waren unorganisiert und prekär. Dass sie sich organisiert haben und in einen entschlossenen Arbeitskampf gegangen sind, ja einen Streik organisiert haben, ist ein wichtiges Signal an alle Belegschaften, alle ArbeiterInnen in Deutschland! Leute, es ist möglich, es geht was, wir können gemeinsam für Verbesserungen kämpfen! Wir müssen uns nicht alles gefallen lassen! Genauso zeigt der Konflikt, dass es durchaus viele ArbeiterInnen in diesem Land gibt, die kämpfen wollen.



Die zweite wichtige Bedeutung des Streiks bei Neupack resultiert aus dem offenen Klassenkampf von Seiten der Krüger-Familie. Sie haben mit allen Tricks versucht, gegen den Streik zu kämpfen und die ArbeiterInnen zu spalten. Nachdem der Streik angefangen hatte, hat Neupack über die Leiharbeitsfirma „Work-Express“ StreikbrecherInnen aus Polen geordert. Kurze Zeit später wurden diese als befristet Beschäftigte eingestellt. Die IG BCE hatte erfolglos versucht, sich juristisch dagegen zu wehren. Das Arbeitsgericht hat den Krügers dieses Recht auf Streikbruch zugestanden.

Das ist ein wichtiges Signal! Die Krügers haben mit ihrer harten Haltung ihrer ganzen Klasse – den Kapitalisten – gezeigt, dass sie jederzeit einen Streik brechen können. Der Staat Deutschland unterstützt sie dabei, auch mit der Polizei. Das unterminiert de facto das Streikrecht und tritt die Rechte der ArbeiterInnen mit Füßen.

Die Taktik der IG BCE und die Alternativen

Als der Streik bei Neupack begonnen hat, zeigte sich die IG BCE kämpferisch. Der Streik solle gewonnen werden, koste es, was es wolle, hieß es. Indem der unbefristete Streik abgebrochen wurde, haben die Krügers einen wichtigen politischen Erfolg errungen. Gerade aus den zwei oberen Gründen wäre es enorm wichtig gewesen, auf die Provokationen der Krügers offensiv zu reagieren!

Es ist natürlich richtig, dass der wirtschaftliche Schaden durch den Streikbruch gemindert wird. Der „Flexi-Streik“ zeigt aber wohl eher, dass die Gewerkschaft mit ihrem Latein der „Sozialpartnerschaft“ (bitte, bitte verhandle doch mit uns) ziemlich am Ende ist.

Jetzt hätte der Streik politisiert werden müssen. In erster Linie hätte die Gewerkschaft damit beginnen müssen, massiv Solidarität zu organisieren. Am 24. Januar, zum Abbruch des Streiks, kam zum ersten Mal ein Aufruf über Ver.di und die IGM zur Solidarität vor dem Werkstor. Zum Abbruch des Streiks! Vorher über zwei Monate nichts davon! Da wurde das einzig und allein dem Soli-Kreis überlassen. Wo sind die DGB-Gewerkschaften mit ihren Tausenden von Mitgliedern? Wie kann es sein, dass hier einfach zugeschaut wird, wie ein Streik munter gebrochen wird? Gleichzeitig wurde wie immer keinerlei Initiative unternommen, andere Streiks in der Region mit dem bei Neupack zu vernetzen.

Also was tun? Eine Kampagne organisieren, Demonstrationen, Kundgebungen, alle Gewerkschaften zum Mobilisieren aufrufen, Presse, öffentlich klarstellen und ausschlagen, dass hier Streikbruch absolut legal über die Bühne gezogen wird. SPD und Linkspartei auffordern, entsprechende Gesetze zu fordern, einzubringen, dafür zu sein etc. In die Offensive gehen. Die Krügers an den Pranger stellen.

Das alles kann eine Gewerkschaft, ja das müsste sie machen! Sie haben die Mittel dazu, die Kontakte, das Geld, das Personal, die Öffentlichkeit. Dass das möglich ist zeigt jetzt endlich eine Initiative unter dem Dach von Ver.di Hamburg. Am 12. Februar wurde zu einer Veranstaltung zum Thema Streikrecht geladen, die eine Erklärung mit Forderungen zu konkreten Gesetzesänderungen verabschiedet hat.

http://www.labournet.de/wp-content/uploads/2013/02/streikresolution_neupack.pdf

Diese Initiative muss jetzt von allen gewerkschaftlichen Gliederungen aufgegriffen und verbreitet werden!

Darüber hinaus muss die „Legalität“ des Streikbruchs praktisch in Frage gestellt werden. Die Betriebe müssen blockiert werden. Letztlich kann nur das den Erfolg zurück bringen. Wenn wir ArbeiterInnen bei jedem Gerichtsurteil brav nicken und mit den Schultern zucken, wäre selbst das heutige beschränkte Streikrecht nicht erkämpft worden. Eine Besetzung des Betriebes muss in einer solchen Situation diskutiert werden! Da könnte die IG BCE ja mal bei der Anti-Atom-Bewegung anfragen. Oder bei KollegInnen in vielen anderen Ländern.

Die Taktik der IG BCE ist falsch. Aber noch haben die KollegInnen nicht endgültig verloren. **Jetzt sollten sie erst recht in die Offensive gehen.**

15. Februar 2013, Rico Rodriguez

Weitere Infos unter: www.soli-kreiss.tk

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa Hourani – Christiaan Boissevain

Tel: 06182/782306

E-Mail: HKroha@t-online.de

Redaktionsschluss: 17. Februar 2013